

beider Länder gezeigt, jedoch sind sie nicht so scharf, um nur durch einen Krieg beseitigt werden zu können. Durch eine klare Aussprache der Wünsche Deutschlands wäre es nicht schwer, ein freundliches Verhältnis mit England herzustellen. Allein diese klare Aussprache fehlt, da man sich offenbar in Deutschland noch nicht klar ist, wohin die imperialistische Reise gehen soll. Es zeigen sich nur dunkle Strebungen, Notwendigkeiten und Flottenliteraturen, die in England viel Unruhe hervorrufen und den englischen Politikern alle Objektivität rauben, sobald deutsch-englische Beziehungen zur parlamentarischen oder journalistischen Auseinandersetzung gelangen. Um diese Spannung zu mildern, veröffentlicht Professor Theodor Mommsen in der ersten Nummer einer neuen progressiven Monatschrift Independent-Review einen Aufruf an die Engländer, dem wir folgendes entnehmen: ... Wir stehen vor einer ersten Gefahr, wenn es so weiter geht mit dem gegenseitigen Mißtrauen, dem Aufbauschen geringfügiger Meinungsverschiedenheiten und Kollisionen zu Staatshandeln, den unverantwortlichen Verheerungen der englischen wie der deutschen Presse. Falls es nicht den besonnenen und ersten Männern beider Nationen gelingt, hierin Wandel zu schaffen, so gleiten wir hinein in einen Krieg zwischen denselben, wenn auch nur in einem derjenigen, in denen die Kanonen nicht mitreden." Mommsen sieht den Hauptgrund dieser Spannung in der deutschen Kritik an dem südafrikanischen Krieg; er hält diese Kritik für durchaus berechtigt und verlangt ein besseres Verständnis für die Haltung des deutschen Volkes dem Burenkriege gegenüber. Er fährt dann fort: "Es soll damit keineswegs behauptet werden, daß, was in Deutschland gegen England getan und geschrieben wurde, ausschließlich aus solchen Motiven hervorging. Wir haben unsre nationalen Narren — bei uns heißen sie „Alteutsche" — welche einen eigenen alle Herrlichkeit des Menschengeschlechts in sich beschließenden germanischen Adam dem allgemeinen substituieren. Wir haben neben dem berechtigten Wunsch im Handelsverkehr, in der Meerbeherrschung, in der Besiedelung der nicht europäischen Gebiete unsern Platz an der Sonne einzunehmen und zu behaupten, auch bösen Neid und Haß gegen ältere und glücklichere Konkurrenten. Aber ich weiß, daß ich nicht nur für mich, sondern für die Besten meines Volkes und dessen große Mehrzahl spreche, wenn ich sage, daß wir wohl einen einzelnen Akt der englischen Nation gemißbilligt haben, und mißbilligen werden, ihr selbst aber uns näher verwandt, und in jeder Beziehung inniger verbunden fühlen als jeder anderen. Ist doch der Herr der englischen Sprache auch heute noch Shakespear, und ist Shakespear, wie für England so auch für Deutschland der geistige Befreier geworden, und geradezu der Vater unsrer Poesie. Auch dem neuen englischen Imperialismus steht Deutschland keineswegs feindlich gegenüber. Im großen und ganzen ist jede Steigerung des Gewichtes, das England in den Weltverhältnissen behauptet, für Deutschlands Zukunft sicher kein Nachteil. Wenn England die inneren Schäden, welche insbesondere der letzte Krieg angedeckt hat, auszuheilen vermag durch Zusammenschluß seiner Reichseinheit, so tut das unsern vitalen Interessen so wenig Abbruch wie den englischen die Umwandlung des deutschen Zollvereins in den deutschen Kaiserstaat. Man darf wohl an der Hoffnung festhalten, daß in den schweren Krisen, welchen vernünftlich unsre Zivilisation entgegengeht, England und Deutschland ebenso zusammengehen werden, wie sie einstmal bei der „schönen Vereinigung" (Velle Alliance) die französische Uebermacht verbindend in ihre Schranken zurückgebrängt haben. Ich blicke zurück auf ein langes Leben; von dem, was ich für meine Nation und über ihre Grenzen hinaus hoffte, hat sich nur wenig erfüllt. Aber die heilige Allianz der Völker ist das Ziel meiner Jugend gewesen, und ist noch der Stern des alten Mannes; und auch dabei bleibt es, daß den Deutschen und Engländern bestimmt ist, ihre Wege zu gehen Hand in Hand."

Was die schweren Krisen sind, denen unsre Zivilisation vermutlich entgegengeht, sagt Mommsen nicht. Er kann entweder an den viel gefürchteten germanisch-slawischen Zu-

stößen des bestehenden Staates zu sein, Leute jedenfalls, die nicht mit einem Hauch von Worten umgeben werden konnten.

Und das war wohl eine Wallung des alten Aristokratenblutes in seinen Adern: er freute sich, daß es so war. Er suchte den Kameraden in seinen Anschauungen zu bestärken und gewann ihn schließlich sogar auf seine Art lieb.

Bogt war dem Grafen, der so klug und verständig mit ihm plauderte, seinerseits sehr dankbar, aber es blieb dabei: unmöglich konnte er in ihm einen Ersatz für einen so treuen Freund wie Mähling finden.

Der arme Teufel fühlte sich mit jedem Tage einjamer und unglücklicher im Soldatenrocke.

Es kam dazu, daß er auch im Dienst Verdruß hatte. Hauptmann von Westfalen und Leutnant Reimers, die doch beide ihren Kramp gewiß ganz ausgezeichnet verstanden, waren stets mit ihm zufrieden gewesen, aber da war nach Ostern ein neuer Oberleutnant, Brettschneider, in die Batterie gekommen. Der hatte beständig an ihm auszusetzen und zu mäkeln.

Von Kriegsakademie kam Oberleutnant Brettschneider, und die Unteroffiziere klüfferten untereinander, daß er ein neumal kluger sei. Nun, sonst möchte das mit der Klugheit seine Nichtigkeit haben, — unfehlbar war der Oberleutnant darum doch nicht. Es liefen ihm beim Exerzieren ebensogut Fehler und Versehen unter, wie jedem andern. Aber eins stand fest: mächtig eingebildet war er. Er stand beständig steif und kerzengerade da, als ob er einen Ladestock verschluckt hätte, und konnte den sorgfältig frisierten Kopf kaum in dem hohen Stragen drehen. Und niemals verlor sein barloses, rotbäckiges Gesicht den hochmütigen Ausdruck.

Die Mannschaften gingen ihm so viel als möglich aus dem Wege, denn es kam selten einer an ihm vorbei, ohne daß er zurückgerufen und getadelt worden wäre, und alle, die Unteroffiziere nicht ausgenommen, waren erbittert über sein hochmütiges Wesen.

(Fortsetzung folgt.)

ammenstoß gedacht haben oder an sozialrevolutionäre Erhebungen.

Deutsches Reich.

Der Entwurf des neuen bairischen Wahlgesetzes.
Aus München wird uns geschrieben: Der von der bayerischen Regierung der Abgeordnetenkammer in Vorlage gebrachte Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes ist soeben im Druck erschienen. Dieser Entwurf hält sich ziemlich genau an die Grundsätze, die in einer im Juli 1902 von beiden Kammern beschlossenen Resolution niedergelegt sind. Demnach soll also die direkte Wahl eingeführt werden; die Wahlmänner kommen in Wegfall. Die Wahl erfolgt durch zusammengefallene, nicht invertierte Stimmzettel. Diese müssen im ganzen Land von gleicher Größe, Stärke und Farbe sein und ein deutlich wahrnehmbares, amtliches äußeres Kennzeichen haben. Die Regierung gibt die Firmen bekannt, von denen solche Zettel bezogen werden können. Die Stichwahlen fallen gleichfalls weg. Als gewählt gilt der Kandidat, der die relative Stimmenmehrheit auf sich vereinigt, doch muß er mindestens ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten haben. Ist dies nicht der Fall, so findet eine weitere Wahlhandlung statt, bei der ohne Einschränkung die relative Mehrheit entscheidet. Bei dieser zweiten Wahlhandlung ist, wie die Begründung besagt, der Kreis der wählbaren Personen ein unbeschränkter im Gegensatz zu den Reichstagsstimmwahlen. Die seit dem Jahre 1881 bestehende Einrichtung der ständigen Wählerlisten hat sich nicht bewährt und wird deshalb beseitigt. Die Wählerlisten werden in Zukunft vor jeder Wahl neu angelegt.

Die Regierung hat sich fernerzeit mit der Einführung der direkten Wahl einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß die daraus sich ergebenden Folgen in angemessener Weise ausgeglichen werden. Diesen Ausgleich herbeizuführen fordert die Regierung folgende Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Wahlgesetz: Die Altersgrenze für das direkte Wahlrecht wird vom 21. auf das 25. Lebensjahr hinaufgerückt; seit einem Jahr, statt wie bisher seit 6 Monaten müssen Steuern entrichtet sein und endlich muß der Wähler seit einem Jahr auch die Staatsangehörigkeit besitzen, während gegenwärtig eine derartige Karenzzeit nicht vorgeschrieben ist. Die Resolution des Landtages verlangte auch, daß die Altersgrenze für das passive Wahlrecht vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt werde. Darauf ist die Regierung aber nicht eingegangen und es soll in dieser Beziehung bei dem bisherigen Rechtszustand bleiben.

Der heikelste Punkt der ganzen Wahlgesetzreform ist die Wahlkreisgeometrie. Die Einteilung der Wahlkreise wurde bisher auf administrativem Wege geregelt. Der Gesetzentwurf will die Wahlkreiseinteilung gesetzlich festlegen. Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1900 sollen Wahlkreise mit durchschnittlich 88000 Einwohnern (bisher 31500) auf 1 Abgeordneten gebildet werden und zwar sind 103 einmännige und 30 zweimännige Wahlkreise vorgeschlagen, so daß sich die Zahl der Abgeordneten von 150 auf 163 vermehren würde. Auf diese Weise bekäme z. B. München 12 (bisher 5) Abgeordnete, Nürnberg 6 (jetzt 4) und die Stadt Ludwigshafen, die bisher zum Wahlkreis Speier gehörte, 2 Abgeordnete. Es wird sich nun darum handeln, ob die von der Regierung vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung so beschaffen ist, daß ihr sowohl das Zentrum, als auch die Liberalen zustimmen. Die bisherige Einteilung kam, namentlich in der Pfalz, den Liberalen zu gute, die sich natürlich heftig gegen jede Veränderung sträubten, die ihrem Bestehen gefährlich werden könnten. Bringen sie aber deswegen die Wahlkreisreform zu Fall, so würde ihnen damit auch noch nicht viel geholfen sein. Denn die Regierung hat es dann immer noch in der Hand, auf administrativem Wege die Wahlkreise neu einzuteilen und damit sind dann die Hauptbeschwerden des Zentrums beseitigt, während das Volk wieder einmal um das direkte Wahlrecht betrogen wäre. Die sozialdemokratische Partei aber wird jedenfalls sich veranlaßt sehen, durch eine umfassende Agitation die Wählermassen mobil zu machen, damit die bürgerlichen Parteien und die Regierung daran erinnert werden, daß bei einer Wahlrechtsreform auch auf die Wünsche des Volkes Rücksicht zu nehmen ist.

Wo Strenge sich und Milde paarten, da gibt es einen guten Klang.

Die Ausführungen in unserm vorgestrigen Artikel: Symptomatische Urteile, werden durch neue Tatsachen bestätigt. So hat der Verteidiger des Scheusals Breidenbach, Justizrat v. Winterfeldt, für seinen Klienten gegen das Urteil des Oberkriegsgerichts beim Reichsmilitärgericht Berufung eingelegt mit der Begründung, daß die vom Oberkriegsgerichte angenommenen Einzelfälle nur als Fortsetzung einer Handlung zu betrachten seien. Es ist sehr leicht möglich, daß sich das Reichsmilitärgericht dieser Anschauung anschließt. Der bestialische Unteroffizier dürfte dann eine noch mildere Strafe erhalten.

Sehr zart wurde auch der neunzehnjährige Leutnant v. Mahr vom 4. Garderegiment zu Fuß angefaßt, der sich vorgestern vor dem Oberkriegsgericht des Gardelcorps wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu verantworten hatte. Der junge Offizier, der erst vor ganz kurzer Zeit aus der Kadettenanstalt in das Regiment eingetreten war, verging sich dadurch schwer, daß er einen Untergebenen auf seine Stube bestellte und ihn hier unsittlich berührte. Das Kriegsgericht der ersten Garde-Infanteriedivision verurteilte den Leutnant v. Mahr zu sechs Wochen und einem Tag Festungshaft und Entlassung aus dem Dienste. Es wurde fernerzeit in der Verhandlung durch Zeugen festgestellt, daß v. Mahr bereits in der Kadettenanstalt wiederholt derartige unzüchtige Handlungen vorgenommen habe, auch führte der Angeklagte zu seiner Entlassung an, daß er Epileptiker sei und im traumatischen Zustande die Verfehlungen begangen habe. v. Mahr legte deshalb gegen das Urteil der ersten Instanz Berufung ein, und das Oberkriegsgericht tagte vorgestern in dieser Sache unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Mehrere von dem Verteidiger des Angeklagten hinzugezogene Psychiater gaben in ihrem Gutachten zu, daß der Unterleutnant sehr wohl im traumatischen Zustande jene sittlichen Verfehlungen habe begehen können. Daraufhin beschloß das Oberkriegsgericht, wie wohl ein Obergutachten seitens eines Generalarztes vorlag, wonach v. Mahr an jenem Abend geistig völlig klar gewesen sein müsse, doch noch den Geisteszustand des Angeklagten weiterhin beobachten zu lassen und vertagte die Angelegenheit bis auf weiteres.

Ein außerordentlich mildes Urteil fällt auch daselbe Oberkriegsgericht gegen den Unteroffizier Blank vom 2. Eisenbahregiment. Blank hatte in seiner Korporal-

schaft den geistig minderwertigen Pionier Totenhoff, der wegen seiner unmilitärischen Haltung den Unwillen des strengeren Herrn Korporals erregte. Dieser ohrfeigte den armen Teufel zu wiederholten Malen und ließ ihm zur Befreiung des Ostern von den übrigen Mannschaften der Korporalschaft eine gemeinschaftliche Tracht Prügel erteilen. Der bessere Teil der Soldaten, der die Beteiligung an der ebenso feigen wie ehrlosen Tat ablehnte, wurde von Blank hervorgeholt und zur Massenverprügelung eines wehrlosen Kameraden gezwungen. Blank war vom Kriegsgericht zu 8 Tagen Mittelarrest verurteilt worden. Die Pioniere erhielten 2-5 Tage Gefängnis. Blank beruhigte sich, während die Pioniere Berufung einlegten. Das Oberkriegsgericht stellte fest, daß die Pioniere nur blinde Werkzeug des Unteroffiziers gewesen und verurteilte die Täter zu 2-3 Tagen Gefängnis; zwei wurden freigesprochen. Der Unteroffizier Blank erhielt drei Wochen Mittelarrest, sonst nichts.

Damit man aber belächeln nicht glaube, daß in militärischen Kreisen eine geradezu unkriegerische Mildeherzigkeit Platz gegriffen habe, lehrte Generalleutnant v. Boguslawski in der Täglichen Rundschau den unerbittlichen Kriegsmann heraus, verberlich das Heibelberger Fuchshausurteil und fordert die Militärbehörden auf, in diesem edlen und vernünftigen Sinne weiter zu wirken. Dabei erlaubt er sich noch die tief sinnige Bemerkung, daß die Ausschreitungen in Baden jedenfalls Früchte der sozialdemokratischen Verheerungen seien. Ein Grund, doppelt scharf zu verfahren. Besser hätte er unsern Artikel vom Sonnabend wohl kaum illustrieren können. In welchem Zusammenhang die Sozialdemokratie mit den Verbrechen der verurteilten Soldaten, mit ihrer Eifersucht auf die Unteroffiziere und ihrem Wandervertrauen stehen soll, darüber gibt uns der Herr General freilich keine Auskunft.

Diesem Scharfmacher tritt in der gestrigen Nummer der Täglichen Rundschau zur Abwechslung wieder ein Milddemokrat gegenüber. Oberleutnant a. D. v. Rabenau, der sich der verlästerten Mißhandlung annimmt und für die armen Unteroffiziere und die geplagten Offiziere eine Lanze bricht. Für die Heibelberger Opfer hat natürlich auch er nichts übrig.

* Berlin, 5. Oktober. In den zuständigen Stellen werden gegenwärtig Erwägungen über die Reform des Wörsegesetzes gepflogen. Vorgestern wurde der Vorstand des Verbandes deutscher Bankeamtenvereine vom Staatssekretär des Reichsschatzamt, Freiherrn von Stengel, empfangen. Auf die Vorschläge über die nachteiligen Wirkungen des Wörsegesetzes sagte Herr v. Stengel wohlwollende Berücksichtigung zu. — Zu den Mobilisationen, unter denen die Kanalvorlage von neuem eingebracht werden wird, soll u. a. der Versuch auf den Großschiffahrtsweg von Stettin nach Berlin gehören, der in der alten Kanalvorlage enthalten war.

Die Gründer des Reiches unter sich. Im Oktoberheft der Deutschen Revue werden einige ungedruckte Briefe des ehemaligen preussischen Kriegsministers v. Moos veröffentlicht. In einem dieser an seine Gattin gerichteten Briefe heißt es:

Gestern bin ich zum ersten Male seit dem 1. Januar wieder ausgefahren — nur zum Könige und zu Bismarck. Ersterer war sehr freundlich zu mir; letzteren fand ich, wie gewöhnlich, gereizt gegen oben; er ist kränker, als er selbst und andre glauben, wie wohl er ausreitet und ausfährt. Ich hoffe, das nun glücklich (ober unglücklich) gelegte Kaiser-Ei würde ihm vorläufige Befreiung gewähren, aber er ist leider mit nichts zufrieden. Obwohl er viel Ursache dazu haben mag, so sollte er doch nicht vergessen, daß wir armen, mangelhaften Menschen mit und ohne Kronen und gegenseitig tragen und ertragen müssen, wenn wir nicht die Hölle auf Erden haben wollen. Ein Gelunder verlißt das nicht leicht auf lange; Kranke gewisser Art haben aber wohl gar ein Bedürfnis nach Werg.

Das „Kaiser-Ei“ zeigt wieder einmal recht deutlich, daß man in stodpreussischen Kreisen über die Gründung des Kaiserreichs sehr geringschäßig urteilt. Ob man sich jetzt wohl geändert hat?

Durch Polenfreierei Geld verdienen wollen die Danziger Postassistenten. Den mittleren und unteren Staatsbeamten in den gemischtsprachigen Landesteilen sind bekanntlich die sogenannten Ostmarkenzulagen bewilligt worden, d. h. sofern sie in nationaler Hinsicht zuverlässig sind. Die einträgliche nationale Zuverlässigkeit wollten die Danziger Postassistenten dadurch beweisen, daß sie auf dem Bezirkstage in Deutsch-Polen den Beschluß faßten, den Ortsvereinen zu empfehlen, dem Ostmarkenverein als korporatives Mitglied beizutreten. Der Verband deutscher Postassistenten hat indessen diesen Beschluß wieder aufgehoben mit Rücksicht darauf, daß nach den Verbandsstatuten politische Angelegenheiten nicht erörtert werden dürfen. Der Postassistentenverband wird sich wohl gefast haben, daß es eine Undankbarkeit sondergleichen wäre, wenn er sich zur Unterstützung eines halatistischen Vereins hergeben wollte, der im schärfsten Gegensatz zu den Parteien steht, denen es der Verband allein zu verdanken hat, daß er dem Stephanschen Unsturm widerstehen konnte.

Zunehmend zeigt das Vorgehen der Danziger Postassistenten, wie forumpulierend die Ostmarkenzulage wirkt, die man geradezu als eine Prämie für Heuchelei bezeichnen kann.

Der Rud nach Hutz war natürlich von den Nationalliberalen nicht ernst gemeint. Die Pfälzer Nationalliberalen haben bereits den Versuch gemacht, sich mit dem reaktionären Bunde der Landwirte zu vereinigen. Bei derartigen Bündnissen werden aber die Agrarier nicht liberal, sondern die Liberalen reaktionär. Das zeigt sich am deutlichsten bei der „nationalliberalen“ Partei in Hessen, die weiter nichts ist als eine verlappte Filiale des Bundes der Landwirte. Merkwürdigerweise hat der Bund der Pfälzer Heiratstrag abgelehnt. Er wird Worten wollen bis die Pfälzer Nationalliberalen noch etwas reifer, d. h. reaktionärer gemordet sind. Den Gefallen werden sie ihm schon tun.

Der Rücktritt des bairischen Finanzministers v. Riedel soll nach der Augsburger Postzeitung nahe bevorstehen. Er werde die kommende Landtagsession nicht mehr bis zum Ende mitmachen. Sein diesjähriges Exposé sei sein Schwanengesang gewesen.

Die sehr guten Gehälter der Eisenbahnunterbeamten. Bei 18stündiger Arbeitszeit hatte der ehemalige Stationsbetreuer in Leber-Asch, Georg Koller, als alleiniger Beamter auf der Station einen Monatsgehalt von 85 Mk. Daraus mußte er eine sechsöpfige Familie ernähren, außerdem noch für ein außerordentliches Kind aufkommen und noch einige hundert Mark Schulden, in die er durch mißliche Verhältnisse geriet, abzahlen. Dazu kamen noch fortwährende Schikanen seitens des Vorgesetzten, des Expeditors Geil in Schongau. Aus all diesen Umständen wurde der bisher unbe-